Nr. 245. Halle (Saale), Donnerstag, den 18. Oktober 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hart 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile ab. deren Raum 90 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text 99 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hart 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In der Mitte der flandrischen Front war auch gestern der Feuerkampf stark; besonders in den Abend- und heutigen Morgenstunden war das Feuer im Houthoulster Wald und südlich von Paschendaele gesteigert. Bei Draatbank morgens vorstoßende starke Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen. Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe, sowie südlich von St. Quentin nahm bei Vorfeldgefechten auch die Feuertätigkeit zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nordöstlich von Soissons hat sich die seit Tagen lebhafte Kampftätigkeit zur Artilleriesschlacht entwickelt, die seit gestern früh vom Ailettegrund bis Braye mit kurzen Pausen andauerd. Auch die Batterien der Nachbarschaft beteiligen sich am Feuerkampf. Von der Aisne bis auf das Ostufer der Maas nahm in vielen Teilen der Front das Feuer gleichfalls erheblich zu. An der Nordostfront von Verdun stießen zu kühnem Handstreich gestern morgen badische Sturmtruppen bei Höhe 344 östlich von Samogneux in die französischen Gräben vor, zerstörten fünf große Unterstände und führten die Besatzung, soweit sie nicht im Nahkampf fiel, gefangen zurück. Abends machte der Feind zwei Gegenangriffe gegen die genommenen Grabenstücke; beide Male wurde er zurückgewiesen.

Im ganzen wurden gestern 13 Flugzeuge zum Absturz gebracht. In Erwiderung eines Fliegerangriffs auf Frankfurt (Main) wurde gestern erneut Nancy mit Bomben beworfen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Die Sichtung der auf Oesel gemachten Beute hatte bisher folgendes Ergebnis: 10 000 Gefangene von zwei russischen Divisionen. Nach Moon sind nur wenige hundert Mann entkommen. 50 Geschütze, dabei einige unversehrte schwere Küstenund einige Feldbatterien. Zahlreiche Waffen und sonstiges Kriegsgerät. Teile unserer Seestreitkräfte drangen durch die Minenfelder des Rigaischen Meerbusens bis zum Südausgang des Großen Moonsundes vor, wohin sich etwa 20 russische Kriegsschiffe nach kurzem Gefecht zurückzogen. Die russischen Batterien bei Woi auf Moon und bei Werder an der estländischen Küste wurden zum Schweigen gebracht. Andere unserer Flotteneinheiten liegen im Ostseil der Kassar-Wiek und sperren die Durchfahrt nach Westen. — Zwischen Düna und Donau außer einigen vergeblichen Vorstößen russischer Aufklärer keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert.

•

Was die Wegnahme Oesels bedeutet

wird offiziös wie folgt kundgemacht:

„Die Eroberung Oesels hat der deutschen Marine nicht nur den Besitz des Rigaischen Meerbusens gesichert, den bisher die schweren russisch-englischen Geschütze von Zerel (Südküste Oesels) beherrschten, sondern sie hat auch die seestrategische Lage in der Ostsee völlig zugunsten Deutschlands umgeschaffen. Die beiden Eckpfeiler unserer jetzigen Ostseestellung sind im Westen die Kieler Bucht, im Osten der Rigaische Meerbusen mit dem schützenden Oesel. Wir aber Kiel gleichzeitig den südlichen Zugang zur Nordsee (durch den Kaiser-Wilhelms-Kanal) beherrscht, so bildet auf der anderen Seite Oesel den südlichen Torsligel zum Eingang in den Finnischen Meerbusen und durch diese doppelte Bedeutung nach Westen und nach Norden den Scheitelpunkt der Vormachtstellung in der Ostsee. Der Besitz dieser Stellung sichert ferner unsere östlich der Düna stehenden Armeen, deckt Kurland und bedroht die Russen durch die Freilegung des Weges nach Estland. Den englischen unwidersprochen gebliebenen Hoffnungen, sich in der östlichen Ostsee festzusetzen, hat die Eroberung Oesels die letzte Stütze genommen."

Berlin, 16 Oktober. Nach Niederkämpfung der schweren Batterien auf der Südspitze der Insel Oesel sind unsere Seestreitkräfte in den Rigaischen Meerbusen eingedrungen. Sie haben ihren Vormarsch vom Osten am 17. Oktober fortgesetzt und beherrschen das Seegebiet bis zum Moonsund. (Amtlich.)

Weiter wird mitgeteilt: Die russischen Seestreitkräfte, darunter Linienschiffe, Panzerkreuzer, Kanonenboote, Torpedoboote und Unterseeboote befinden sich in schleuniger Flucht auf östlichem Kurse und ziehen sich, verfolgt von Teilen der deutschen Flotte, hinter ihre Minensperren zurück. Die noch auf der Halbinsel Sworbe befindlichen russischen Truppen sind damit jeder Möglichkeit, zu fliehen, beraubt. — Russische Marinekreise kündigen an: „Ein Gegenangriff steht bevor."

In Petersburg soll Panikstimmung herrschen. Generalstab und Ministerien träfen Maßnahmen, um der Offensive gegen Petersburg zu begegnen. Unzählige Personen verließen die Stadt.

Der Umfang des Luftkrieges.

Berlin, 17. Oktober. Im Monat September haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 374 Flugzeuge und 22 Ballone verloren. Wir haben demgegenüber 82 Flugzeuge und fünf Ballone eingebüßt. Davon sind 38 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben, während die andern 44 über unserm Gebiet verloren gingen. Auf die Westfront entfielen von den 374 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeuge 362, von den 82 deutschen 76. Im einzelnen setzt sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 324 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 40 durch Luftabwehr-Kanonen, sechs durch Infanterie abgeschossen, vier landeten unfreiwillig hinter unsern Linien. Von diesen Flugzeugen sind 167 in unserm Besitz, 207 jenseits unserer Linien erkennbar abgestürzt. — Diese Abschußzahl ist die höchste Zahl, die bis jetzt in einem Monat erreicht wurde. (Amtlich.)

Hoffnungen auf neue Friedensvorschläge.

Die Friedensfreunde im gegnerischen Auslande hoffen, daß die Regierungen der Mittelmächte weitere Vorschläge mit etwas mehr Entgegenkommen machen werden. Die Londoner Morningpost meldet aus Athen: „Wohlinformierte hiesige Kreise halten den Frieden für bevorstehend. Obwohl die Beratungen, die vor der Reise des deutschen Kaisers nach Bulgarien stattfanden, und die Besprechungen in Sofia und Konstantinopel geheim gehalten wurden, liegen hier zuverlässige Nachrichten vor, daß man in der kommenden Woche neue, weniger unversöhnliche Vorschläge Deutschlands erwarten kann."

Der Haager Nieuwe Courant hört von friedensfreundlicher Seite: Deutschland habe vor einiger Zeit in nicht offizieller Weise bei der Entente über eventuelle Grenzverändernngen in Elsaß-Lothringen sondiert. Das Ergebnis waren Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen und französischen Regierungskreisen. Lloyd George sprach seine Ansicht dahin aus, daß es nicht leicht sei, das englische Publikum ohne weiteres für die Eroberung von Elsaß-Lothringen zu erwärmen. Auch würde diese neue Forderung in päpstlichen Kreisen, wo man der Meinung sei, daß England nur Belgiens wegen den Krieg fortsetze, einen schlechten Eindruck machen.

Ohne Annektionen und Kontributionen!

Ueber Stockholm wird aus Petersburg gemeldet: Beim Schluß der russischen demokratischen Konferenz wurde mit allen gegen die Stimmen eines Anhängers Plechanows die alte Losung „Friede ohne Annektionen und Kontributionen" erneuert. Es wurde beschlossen, diesen Beschluß der ganzen Welt durch ein Manifest bekanntzugeben.

Das russische Vorparlament. Petersburg, 17. Oktober. Die Regierung hat die Eröffnung des Vorparlaments auf den 26. Oktober verschoben. Das Vorparlament wird seine Arbeiten acht Tage vor der Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung einstellen. Der Präsident des Pressevorbandes und eine Anzahl Chefredakteure sind zu Mitgliedern des Vorparlaments gewählt worden. Gesetzanträge im Vorparlament werden der Unterschriften von 30 Mitgliedern bedürfen.

Die Wahlen zum russischen Vorparlament wurden teils nach Parteilisten, teilts nach Kurien vorgenommen. Die Sozialrevolutionäre eroberten 123 Sitze, die Menschewiki 73 und die Bolschewiki 66 Sitze. Das Vorparlament umfaßt 308 Mitglieder, von denen 261 Sozialisten sind.

Die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung werden am 25. November stattfinden. Die gesetzgebende Versammlung wird am 13. Dezember eröffnet werden. Die Bolschewiki beabsichtigen für den 15. November eine allgemeine Versammlung der Sowjet einzuberufen.

Italienische Regierungsschachzüge.

Rom, 16. Oktober. Die Kammer nahm die Arbeiten wieder auf. Ministerpräsident Boselli gab eine Erklärung über die Politik der Regierung hinsichtlich des Krieges ab. Er betonte, daß die trügerischen Vorstellungen über die Annäherung des Friedens nur dazu dienten, ihn hinauszuschieben. Italien werde sich nicht hinters Licht führen lassen. Die Sozialisten forderten die Besprechung der Regierungserklärung. Boselli erwiderte, die Besprechung werde bei der Prüfung der vorläufigen Haushaltszwölftel stattfinden. Er lehnte die Sozialistenforderung ab und stellte die Vertrauensfrage. Der Sozialistenvorschlag wurde mit 228 gegen 51 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Sozialist Treves erklärt, das Parlament scheint nur noch für vorläufige Bewilligungen ohne geregelten Staatshaushalt da zu sein. — Der Sozialist Modigliani fragte, warum die Provinzen Alessandria, Genua und Turin in die Kriegszone einbezogen wurden. Der Redner sah in dieser Maßnahme einen Versuch zur Vergewaltigung der Arbeiterklasse. Er stellte fest, daß es sich dem Wesen nach um eine regelrechte Verhängung des Belagerungszustandes handelt, wobei er auf die vom Oberkommando verfügten weiteren Einschränkungen verwies, durch die diese Provinzen unter ein ganz außerordentliches Regime gestellt werden. Der Redner verlangte schließlich, daß das Oberkommando sich von allem, was die innere Politik betreffe, vollständig fernhalte.

•

England hat noch keine Rationierung. Jetzt wird gemeldet: Die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung in London veranlassen Daily Mail zu wiederholten dringenden Aufforderungen, eine sofortige Rationierung einzuführen. — Streik. Der vor etwa Wochenfrist aus unbekannten Gründen in einer Baumwollspinnerei von Oldham ausgebrochene Streik ist in der Zunahme begriffen. Er erstreckt sich auch auf Middleton Junction. Am 12. Oktober waren über 6000 Arbeiter ausständig, mindestens 70 Spinnereien mit acht Millionen Spindeln standen still.

Aus Amerika. Wie der Times aus Washington gedrahtet wird, hätte Lansing erklärt, daß die amerikanische Regierung ernsthaft die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der nächsten Pariser Konferenz prüfe. Wie ein Pariser Blatt aus Washington meldet, ordnete Wilson kraft seiner diktatorischen Vollmacht grundsätzlich die Sequestration des feindlichen Eigentums und Uebernahme aller feindlichen Staaten angehörigen ausgestellten Patente für die staatliche Benutzung an. Die gleiche Proklamation verfüge die Zensur für den gesamten Telegraphen-, Funkspruch- und Briefverkehr.

Weitere Schiffsversenkungen. Berlin, 17. Oktober. Auf dem Nordkriegsschauplatze wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 16 000 B.-R.-T. versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der französische Segler Jacqueline (2899 T.), sowie der belgische Dampfer Nervier (1759 T.) mit Bretterladung, ferner ein unbekannter englischer Segler mit Fischen nach England. Außerdem wurde in der Nähe der englischen Küste der bewaffnete englische Dampfer Petershamm (3381 T.) torpediert, der jedoch mit schwerer Schlagseite noch auf Strand gesetzt werden konnte. (Amtlich.)

Die Kriegspolitik sanktioniert!

Parteitagsverhandlungen vom Mittwoch.

Würzburg, 17. Oktober.

Am gestrigen Tage forderte David in seinem Referat das unbedingte Festhalten an der Politik des 4. August. Gegen seine Erklärung, diese Entscheidung sei nicht zurückzunehmen, wendet sich heute der Korreferent Hoch. Er führt jener Erklärung gegenüber aus, daß die Entscheidung jenes Tages die Partei in keiner Weise für alle Zeiten bindet, und daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, jene Politik zu verlassen. Im Augenblick, wo die Gefahr bestand, daß das deutsche Volk erdrückt werde, mußte man so handeln wie am 4. August. Aber heute bestünden andre Voraussetzungen. Eroberungen seien freilich nicht möglich, wohl aber, daß um Eroberungen willen der Krieg verlängert würde. David sagte allerdings, die Gefahr für Deutschland sei heute noch „viel größer" als je. Aber die Wirklichkeit wäre, daß, wie dieser Krieg gezeigt habe, keine Seite die Möglichkeit habe, die andre zu vergewaltigen. Das bedeute einen Wendepunkt in der Geschichte von ungeheurer Tragweite. Die Frage entstehe: Wie kommen wir zum Nebeneinander der Staaten, wo ein Uebereinander nicht mehr möglich ist. Ein neues Staatensystem der Nationen muß kommen, das den Militarismus unnötig machen, und wenn er nicht mehr nötig ist gegen den äußeren Feind, so ist er nicht mehr zu halten. Der Militarismus ist die festeste Stütze des jetzigen sozialen Systems der wirtschaftlichen Ausbeutung. Man braucht ihn gegen den inneren Feind. Nun hat der Krieg eine große wirtschaftliche Umwälzung gebracht: Vernichtung des Mittelstandes, gewaltige Stärkung des Großkapitals. Das arbeitende Volk wird durch Teuerungen und Steuerdruck zum Kampf um Gleichberechtigung getrieben. Eine Erschütterung des Kapitalismus ist die Folge. Also besteht doch kein Grund, unsre Grundsätze zu ändern und ebenso auch nicht die Praxis. Das stellt Hoch gegen Kolb fest. David habe sich in dieser Frage nur auf unklare Andeutungen beschränkt. Deshalb, infolge dieser Erschütterung des Kapitalismus, sind auch die kapitalistischen Mächte so heftig bestrebt, Eroberungen zu machen, weil sonst für sie das Ende der Welt gekommen scheint.

Hoch führte weiter aus: Der Kampf gegen die Eroberungstendenzen ist jedenfalls sehr nötig. Die Friedensresolution war ein Erfolg. In der Friedensfrage wird die Partei vom Zentrum und Fortschritt auch nicht im Stich gelassen werden, denn diese Parteien werden durch ihre Wähler getrieben. Aber wie steht es in den Verfassungsfragen? Da ist die Zuverlässigkeit dieser Parteien viel geringer. Deshalb ist es die Aufgabe der Partei, für die Stärkung der Stellung in der Friedensfrage zu sorgen und für die Demokratisierung einzutreten. Die Regierung will sich nicht binden, Michaelis so wenig, wie Bethmann Hollweg. Es ist jetzt deswegen eine große Erbitterung gegen die Regierung, aber auch gegen den Reichstag, der sich das bieten läßt. Allerdings soll später der Kampf von der Mehrheit aufgenommen werden. Aber ob diese Versicherungen gehalten werden? Die Partei muß energisch den Kampf für Frieden und Demokratie aufnehmen, den Kampf gegen den inneren Feind. Die Partei darf keine Kriegsforderungen bewilligen einer Regierung, die in diesen Fragen nicht ganz klar und unzweideutig sich bereit erklärt, die Forderungen der Partei zu erfüllen. Hoch empfiehlt seine Resolution, die am Schluß diese Forderungen aufstellt und die von der Minderheit des Parteitages unterschrieben ist.

Ihr gegenüber liegt eine Resolution Löbe-Breslau vor, die die Haltung der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit billigt, im übrigen Friedensforderungen und die Forderung der Demokratisierung aufstellt, aber indirekt für die Beibehaltung der Bewilligungstaktik sich ausspricht.

In der Debatte hält zunächst Noske eine Kriegervereinsrede. Solange die Stürme an der Flandernfront dauerten, dürfe man die Kredite nicht verweigern. Man würde sonst die Schlagkraft der Armeen schwächen.

Brückner-Berlin feierte die praktische Arbeit. Die Phrase habe zu lange geherrscht. Er begründete eine Resolution Lesser-Berlin und Genossen, die den Parlamentsfraktionen einheitliches Auftreten zur Pflicht macht, damit nicht mehr gesagt werden könne, es bestehe ja kein Parteitagsbeschluß, der dies fordere. Meerfeld-Köln feierte die Kriegspolitik als Bewährung in der Kunst des Möglichen. Er machte allerdings den Zusatz, die Partei müsse überlegen ob sie dieser Regierung noch Kredite bewilligen könne. Stampfer trat für positive Politik ein; die schwache Partei könnte protestieren, die starke muß Positives leisten, bei den Unabhängigen herrsche der Ablehnungskoller. Löbe begründete seine Resolution. Winnig-Hamburg befürwortete eine von ihm eingebrachte Resolution, die die Fraktion zur „Bildung einer arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit" auffordert, bei Freiheit der Parteien im grundsätzlichen Fragen, aber einem Mindestprogramm für die Neugestaltung des Reiches und einheitlicher Taktik zu dessen Durchführung. Das sei noch wichtiger als Verfassungsänderungen. Solche Möglichkeit sei möglich, denn weder Zentrum noch Fortschritt könnten wagen, dem Drang nach Demokratie zu widerstreben. Dieser Redner plauderte aus, daß man ihm von verschiedenen Seiten nahegelegt habe, seine Resolution „aus taktischen Gründen" zurückzuziehen; aber er meine, sie legalisiere ja nur die längst geübte Praxis und solle nur bewirken, daß man fortan mit gutem Gewissen tun könne, was man bisher nur mit scheuem Seitenblick als eigentlich unerlaubten Kuhhandel gemacht habe. Diese offene Aufdeckung war den Parteidiplomaten offenbar unangenehm. Man umging schließlich die positive Abstimmung, indem man die Resolution der Fraktion überwies. Sollmann-Köln erklärte, daß die Annahme der Resolution Hoch zur politischen und moralischen Katastrophe führen müßte; er erkannte aber an, daß viele nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171018-14/fragment/page=0001

noch deshalb in der Partei seien, weil sie die Kreditverweigerer um Hoch noch in ihr sehen. Weißmann-Freiburg bewies an der furchtbaren Gefahr, in der er und seine Mitbürger in den häufigen Beschießungen Freiburgs durch feindliche Flieger schweben, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg sei und also die Kredite bewilligt werden müßten. Hauschild-Kassel erklärte, wolle man den Parlamentarismus, so dürfe man vor der Teilnahme an der Regierung nicht zurückschrecken. Dr. Lensch redete seinen bekannten Artikel, daß der Krieg eine Weltrevolution sei und sich um Englands Weltherrschaft drehe; zu der aktuellen Frage fand er die salomonische Entscheidung, eine glatte Lösung sei nicht möglich, weder durch Annahme noch durch Ablehnung der Kredite. Max Cohen trug seinen nicht minder bekannten Artikel für die östliche Orientierung vor. Stücklen feierte die Arbeit der Fraktion für Krieger und Kriegerfrauen.

Für die Linke kamen nur drei Redner zum Wort: Emmel betonte gegen Noske, daß die Feldgrauen sehr wohl die Ablehnung der Kredite verstehen würden. Brandes-Magdeburg forderte, daß man die Bewilligung wenigstens als Pressionsmittel benutzen solle. Schmidt-Meißen bezeichnete die Blockpolitik als Politik der Illusionen. Den Beschluß machte eine Rede Landsbergs, in der er das Aufgeben der Grundsätze durch die Rechte in advokatorischer Weise bestritt — als Probe kann der Satz dienen, daß die kommenden Monopole „die Form des Sozialismus" seien.

Im Schlußwort wurde David in bezug auf die Taktik etwas deutlicher. Die Abstimmung über die Kredite sei der Sieg jener Richtung, die gegen die Politik der Katastrophen und für die Gegenwartsarbeit sei. Die Partei habe erkannt, daß der Staat wert sei, verteidigt zu werden. Gegen Schmidt-Meißen führte er die Erfolge der neuen Haltung an: verschiedene Beschlüsse des Verfassungsausschusses, die preußische Wahlreform, die Friedensresolution, Kühlmanns Erklärung und Czernins Rede. Schmidts Leugnung dieser Erfolge sei Miesmacherei, und das nenne sich Radikalismus. Emmels Haltung setzte David in Kontrast zu seiner Unterzeichnung des bekannten Telegramms frontreisender Abgeordneter, das Hindenburg Durchhalten bis zum siegreichen Ende gelobt.

In persönlicher Bemerkung erzielte Emmel einen bösen ungewollten aber nicht unverdienten Heiterkeitserfolg, als er einwandte, alle Abgeordneten hätten das Telegramm unterzeichnet und er habe sich als Gast der Offiziere in einer gewissen Abhängigkeit gefühlt.

In namentlicher Abstimmung wurde dann die Resolution Hoch mit 258 gegen 26 Stimmen abgelehnt, die Resolution Löbe mit 266 gegen 14 Stimmen angenommen. Außerdem wurden einige Anträge angenommen, die von der Fraktion Einigeres für die Aufhebung des Belagerungszustandes, Amnestie und anderes fordert, sowie die Resolution für einheitliches Auftreten im Parlament.

Den Wortlaut der beiden langen Resolutionen Hoch und Löbe werden wir morgen mitteilen. Die Abstimmung zeigte, daß der linke Flügel in der alten Partei sehr schwach ist.

Politische Uebersicht.

Kein Verfahren gegen Haase, Dittmann, Vogtherr.

Wir hatten schon die Meldung eines badischen Blattes zurückgewiesen, wonach die Regierung die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen Haase, Dittmann und Vogtherr abgelehnt habe, da sich das Anklagematerial bereits auf dem Wege an das Reichsgericht in Leipzig befinde. Jetzt erklärt auch der Berliner Lokalanzeiger: Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle sind wir in der Lage, auf das bestimmteste zu erklären, daß diese Nachricht falsch ist. **Für ein Verfahren gegen die genannten Abgeordneten hat niemals ausreichendes Material vorgelegen.**

*

Die unglaubliche Aktion. Dem Zentrumsorgan Germania wird von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

„Es ist in der Presse bereits mitgeteilt worden, daß im August dieses Jahres verschiedenen führenden Reichstagsabgeordneten im Beisein des Justizministers Dr. Spahn und des Staatssekretärs des Reichsjustizamts Dr. v. Krause, des Oberreichsanwalts und des Staatssekretärs Dr. Helfferich vom Reichskanzler über die Vorgänge in Wilhelmshaven und die Beziehungen der drei unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten zu denselben Kenntnis gegeben worden ist und daß nach der Erklärung des Oberreichsanwalts, das vorliegende Material sei nicht geeignet, um gegen die genannten Abgeordneten vorzugehen, von sämtlichen anwesenden Herren der dringende Wunsch geäußert wurde, in dieser Sache nichts weiter zu unternehmen. Als nach den jüngsten Vorgängen im Reichstag einer der damals anwesenden Reichstagsabgeordneten im Auftrage der Parteien bei Staatssekretär v. Capelle angefragt hat, ob denn jetzt mehr Material vorläge, das zu seinem Vorgehen berechtige, wurde ihm mitgeteilt, daß dies nur der Menge, nicht dem Inhalt nach der Fall sei. Parlamentarische Kreise hätten es daher nicht nur für ein Gebot der Klugheit, sondern auch gewissermaßen des politischen Anstandes gehalten, daß der Reichskanzler vor seinem Vorstoß im Reichstage die Abgeordneten, die er vordem ins Vertrauen gezogen hatte, informiert hätte; sie glauben daher auch nicht um die Feststellung herumzukommen, daß dem jetzigen Kanzler das nötige Augenmaß für die Bedeutung und Tragweite politischer Geschehnisse mangelt, und immer mehr verstärkt sich bei ihnen die Ueberzeugung, daß für den Posten des leitenden Staatsmannes unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen nur ein gewandter Politiker und Diplomat in Frage kommen kann. Man nimmt an, daß nach der Rückkehr des Kaisers vom Balkan die gebetene Klärung unserer innerpolitischen Lage bald erfolgen wird."

Die Germania stellt noch fest, daß die Behauptung falsch sei, Herr v. Capelle habe mehr behauptet, als der Reichskanzler wünschte. Die Herren hätten vorher im Reichstage noch den Zettel ausgetauscht, auf dem die „Anklagen" standen, die Herr Capelle zur Verlesung brachte. Michaelis ist also für die plumpe und so elendiglich ins Wasser gefallene Aktion voll verantwortlich.

*

Bayer dementiert. Wie der fortschrittliche Abg. v. Bayer der F. Z. mitteilt, entbehrt das Gerücht, daß ihm die Stellungdes Vizekanzlers angetragen worden sei, jeder Begründung. — Das L. T. behauptete noch gestern das Gegenteil. Wahrscheinlich liegt die Wahrheit „in der Mitte". Herrn Bayer wird nicht die Stellung „angetragen" worden sein — so plump macht man solche Sachen nicht gleich —, sondern man wird erst durch einen Vertrauensmann bei ihm „sondiert" haben, so daß man beim Fehlschlagen alles dementieren kann.

Reichstagswahl in Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Im fünften Magdeburger Reichstagswahlkreise (Wolmirstedt-Neuhaldensleben) findet am 27. November die Reichstagsersatzwahl für den zum Ministerialdirektor ernannten bisherigen Reichstagsabgeordneten Schiffer statt. Als Wahlkommissare hat der Regierungspräsident den Landrat a. D. Grafen von der Schulenburg in Wolmirstedt und den Landrat von Kotze in Neuhaldensleben zu dessen Stellvertreter ernannt. Von den Nationalliberalen ist Gymnasialdirektor Trittel als Kandidat aufgestellt. Die Abhängigen Sozialdemokraten, die „Partei des Klassenkampfes", wie Herr Ebert in Würzburg patheisch ausruft, werden sich „aus Gründen des Burgfriedens", wie die Volksstimme mitteilt, nicht an der Wahl beteiligen. Bei der Hauptwahl 1912 erhielt der sozialdemokratische Kandidat mit 10 911 Stimmen 38 Prozent aller abgegebenen Stimmzettel. Die Nationalliberalen erzielten nur 5639 Stimmen, die Konservativen 4886, die Reichspartei 4192 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 12 776 Stimmen über den Sozialdemokraten Nitsch, der 12 471 Stimmen erhielt. Nun wird der Kreis ohne Wahlkampf den Nationalliberalen überlassen, die durchaus in der Minderheit sind.

Tod eines Zentrumsabgeordneten. Nach einer Mitteilung der Germania ist der Zentrumsabgeordnete Georg Bellstein am Dienstag gestorben. Der Verstorbene gehörte seit 1893 dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstag an. In letzterem vertrat er den Wahlkreis Koblenz-St.-Goar. Das Zentrum verliert in ihm eine wertvolle Arbeitskraft.

Das sind die Freikonservativen.

Der Gesamtvorstand der Reichs- und Freikonservativen Partei hat in einer Sitzung vom 14. und 15. Oktober eine aus drei Teilen bestehende Entschließung gefaßt. Der erste Teil behandelt die Kriegsziele der Partei. In ihm heißt es:

„Unser Kriegsziel kann daher nur ein Frieden sein, der uns volle Sicherung der Landesverteidigung und freier wirtschaftlicher Entwicklung, soweit nötig durch Landerwerb, sowie Entlastung von Kriegskosten, Siedlungsland im Osten und die Ausgestaltung unseres Kolonialreiches verbürgt."

Der zweite Teil der Entschließung mißbilligt die Polenpolitik der Regierung und lehnt das parlamentarische System für Deutschland ab. Der dritte Teil behandelt die Wahlrechtsfrage, er lehnt die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ab als unvereinbar mit der „Eigenart dieses Staates". Am Schlusse dieses Absatzes ist dann noch vom Recht des Soldaten an der Front die Rede — nämlich auf Einigkeit in der Heimat. Ein Recht des Frontsoldaten auf aleiches Staatsbürgerrecht kennen die Freikonservativen nicht.

Kleine politische Nachrichten.

Der Pfarrer Traub ist aus der fortschrittlichen Landtagsfraktion und der fortschrittlichen Partei ausgetreten, legt aber sein Landtagsmandat nicht nieder. Die fortschrittlichen Vertrauensleute seines Wahlkreises Teltow haben ihm ein Mißtrauensvotum wegen seiner alldeutschen Kriegspropaganda ausgestellt. Das macht ihm nichts!

Das neue schwedische Kabinett soll aus sechs Liberalen und fünf Sozialdemokraten bestehen. Von den letzteren soll Branting das Finanzministerium, Niden das Ministerium des Innern und Palmstjerna das Marineministerium übernehmen.

*

Enttäuschte Umkerner. An der „Neuorientierung" in Baden verzweifelt ein Konstanzer Mitarbeiter der regierungssozialistischen Volkswacht in Freiburg. Bei den Oberbeamten aller Kategorien vermißt der Regierungssozialist die Respektierung der persönlichen Freiheit in Sachen, die mit dem Staatsdienste gar nichts zu tun haben. So fragte der Vorstand einer Bahnstation seine Untergebenen, **ob sie am Sonntag auch in die Kirche gehen.** Eine Gegenfrage würde dem Unterbeamten eine Strafprotokollierung bringen. Bei der Post sei die politische Inquisition im Schwunge. Werkstättenarbeiter bedrohe man mit der Entlassung, wenn sie außerhalb des Dienstes privatim politische und wirtschaftliche Maßnahmen kritisieren. So werde Kriecherei, Heuchelei und Charakterlosigkeit erzogen. — Da es jetzt auch gegen Durchhaltesozialisten geht, wird endlich das Kolbsche Wort: „Baden in Deutschland voran" in den Kurs geraten.

„Verwaltungsreform."

Die preußische Regierung schlägt eine Erweiterung ihrer Machtbefugnisse vor, die sie unter dem Titel einer „Verwaltungsreform" betreibt. Was das im einzelnen bedeutet, wird in einem besonderen Aufsatze gewürdigt werden müssen. Der neue Minister des Innern freilich findet Worte, die fortschrittlich und modern klingen, aber die rückschrittlichen Seiten dieser Kriegsnotreform nicht verbergen können. Im Dreiklassenhause wurde gestern darüber verhandelt.

93. Sitzung, Mittwoch, den 17. Oktober.

An Stelle des zum Staatssekretär ernannten früheren Abgeordneten Dr. v. Krause wird zum zweiten Vizepräsidenten Abgeordneter Lohmann (Natl.) gewählt.

Die Vereinfachung der Verwaltung.

Die Vorlage der Regierung will das Ministerium ermächtigen, während der Dauer des Krieges gesetzliche Maßnahmen anzuordnen hinsichtlich der Zusammensetzung der Ausländigkeit und des Verfahrens der Behörden des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, um an Arbeitskräfte zu sparen. Insbesondere sollen die Maßnahmen sich erstrecken: 1. auf Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer von Behörden und Körperschaften; 2. auf Vereinfachung des förmlichen Verfahrens; 3. auf Verminderung der Instanzen; 4. auf Einschränkung der Staatsaufsicht.

Minister des Innern Dr. Drews: Die Vorlage stellt eine Art Blankovollmacht dar, gegen die man in Friedenszeiten Bedenken haben würde. Die vorgeschlagene Verwaltungsreform soll auch die Möglichkeit geben, eine Anzahl von Vereinfachungen zu erproben, die in Zukunft beibehalten werden können. Besonders wichtig ist auch die Beseitigung übergeordneter Behörden, durch deren große Zahl zweifellos viel Arbeit entsteht. Kein moderner Staat kennt mehr als drei Instanzen. Daß eine von den oberen Instanzen fallen muß, ist für mich zweifellos. Daneben muß auch die materielle Arbeit der Behörden verringert werden, indem man den Kreis der Selbstverwaltungsangelegenheiten größer zieht. Bloßes Aendern der Organisation ohne einheitliche Aenderungen auch des materiellen Rechts wird auf die Dauer nicht befriedigen können. Bei Durchführung aller vorgesehenen Verbesserungen wird die Freude am Staat und an der Arbeit für das Gemeinwohl gefördert werden. (Beifall.)

Abg. v. Bockelberg (Kons.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 14 Mitgliedern. Vor allem haben wir Bedenken dagegen, daß die Regierung gesetzliche Maßnahmen soll anordnen können, die sich auf die Zusammensetzung der Behörden bezieht.

Abg. Ling (Zentr.): Wir können der Regierung nicht das Recht geben, geradezu alle Gesetze aufzuheben. Unbedenklich dagegen erscheint uns die Einschränkung der Staatsaufsicht; hierin erblicken wir eine berechtigte Anerkennung der Tätigkeit der Gemeinden während des Krieges.

Abg. v. Wenna (Freikons.): Die demokratische Welle, die gegen das alte Preußen anströmt, richtet sich in erster Linie gegen den preußischen Beamtenkörper und seine Traditionen. Trotz aller Friedensresolutionen und diplomatischen Noten bleibt der Grund bestehen: Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg. Diese wichtigste Aufgabe des Staates zu lösen, dazu muß unser Beamtenkörper erzogen werden.

Abg. Cassel (Frs. Vp.): Ganz im Gegensatz zum Vorredner steht die deutsche Reichsleitung auf dem Standpunkt einer friedlichen Fortentwicklung der Völker. — Gegen die Vorlage heben wir die größten Bedenken. Aber sympathisch haben uns die Ausführungen des Ministers berührt, durch die ein wirklich moderner Zug ging. Wir begrüßen die Absicht einer großzügigen Verwaltungsreform. (Beifall bei der Volksp).

Abg. Künzer (Natl.): Auch wir haben gegen eine so weitgehende Blankovollmacht, wie sie hier verlangt wird, schwere Bedenken.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Gegen die Ausführungen des Abg. v. Bayng muß der schärfste Protest erhoben werden, sie zeigten auch nicht einen Hauch von der Spur eines neuen Geistes. Freilich haben wir von ihm auch nichts Anderes erwartet. — Die angekündigte Verwaltungsreform kommt reichlich fünfzig Jahre zu spät. Wir werden abwarten, was die Kommission aus der Vorlage machen wird.

Die Vorlage wird einem Ausschuß von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen Petitionen.

Nächste Sitzung voraussichtlich nicht vor dem 6. November, da die Wahlrechtsvorlage nicht früher zu erwarten ist. — Schluß 3/4 5 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. Oktober 1917.

Brot und Mehl werden teurer!

Mit dem 18. Oktober tritt, wie aus der heute im Anzeigenteile veröffentlichten Verordnung des Magistrats ersichtlich ist, eine Erhöhung des Roggenbrotpreises um 5 Pfennig ein. Von diesem Tage ab kostet das 2000-Gramm-Roggenbrot 85 Pfennig. Der Preis für Weißgebäck (5 Pf. für 75 Gramm) hat sich dagegen nicht geändert. Die Mehlkleinhandelspreise haben gleichfalls eine Erhöhung erfahren: 370 Gramm (= 1 Brotmarke) Roggenmehl kosten 18 Pf., 370 Gramm Weizenmehl 21 Pf. — Die Erhöhung des Brotpreises sei, wie der Magistrat behauptet, durch eine von der Reichsgetreidestelle vorgenommene bedeutende Erhöhung des Mehlpreises notwendig geworden. — Die am 1. November eintretende Brotstreckung durch Kartoffeln werde voraussichtlich erneut eine anderweite Festsetzung des Brotpreises nach sich ziehen.

Hoffentlich bedeutet das nun nicht eine abermalige Verteuerung des Brotes; den Landwirten und Getreideerzeugern geht es doch wahrlich schon glänzend genug! . . .

„Erfassungszuschläge" für Obst!

Amtlich, also wohl von der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird mitgeteilt: „Im hannoverschen Kreise Keddingen mußte, um große Mengen dort lagernden und sonst dem Verderben ausgesetzten Obstes zu retten, sogar ein Erfassungszuschlag von 5,50 Mk. zum Erzeugerpreise bei Aepfeln und Birnen dritter Klasse und von 50 Pfennig zum Großhandelspreise bei Aepfeln zweiter Klasse gewährt werden." — Also mit anderen Worten: Man mußte dem Handel übertriebenen Gewinn bewilligen, damit er überhaupt die Güte hatte, diese großen Obstmengen umzusetzen — unseres Erachtens zu einer Zeit, wo man in den Großstädten Aepfel und Birnen nur dem Namen nach kannte, und wo wiederholten Veröffentlichungen zufolge die Reichsstelle alle Mühe hatte, die Marmeladenfabriken auch nur einigermaßen zu versorgen. Beschränkter Untertanenverstand wird annehmen, es wäre nichts einfacher gewesen, als dieses Obst zweiter und dritter Klasse zu beschlagnahmen und in die nächsten Obstmustfabriken zu senden, und vielleicht sagt uns nunmehr die Reichsstelle, warum dies nicht geschehen konnte.

Eine Steigerung der Schuhwarenerzeugung

ist unbedingt erforderlich, wenn im kommenden Winter nicht weite Volkskreise in die schwerste Schuhnot geraten sollen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie in seiner letzten Vollversammlung eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die Erzeugung von Schuhwaren zur ausreichenden Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung am zweckmäßigsten gesteigert werden könne. Der Mangel an Oberleder und Bodenleder und allen für die Schuhherstellung in Frage kommenden Ersatzstoffen, Nähfäden, Metallwaren, Klebstoff usw. und ferner der Mangel an Arbeitskräften haben sich in letzter Zeit so empfindlich fühlbar gemacht, daß der Ueberwachungsausschuß bei den zuständigen amtlichen Stellen dieserhalb nochmals vorstellig geworden ist. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß voraussichtlich von der Kriegs-Rohstoffabteilung in größeren Mengen Ersatzstoffe, bestehend aus alten Schiffssegeln, Zeltplanen, Stoff- und Luchabhällen, zur Herstellung von Schuhoberteilen zur Verfügung gestellt werden. Auch soll die Lieferung der Nähfäden möglichst erhöht werden. Dagegen können in Ober- und Unterleder keine größeren Mengen für den Zivilbedarf verfügbar gemacht werden. Hinsichtlich der Arbeitskräfte wurde dem Ueberwachungsausschuß zugestanden, daß keine Arbeiter mehr aus den weiterverarbeitenden Schuhfabriken zum Hilfsdienst eingezogen und die in Schuhfabriken beschäftigten, noch nicht eingezogenen militärpflichtigen Arbeiter, soweit sie nur arbeitsverwendungsfähig oder garnisondienstfähig Heimat sind, so lange vom Heeresdienst befreit bleiben. Auch hinsichtlich der Ernährungsfrage besteht Aussicht, daß den Schuhfabrikarbeitern, soweit sie eine anstrengende Tätigkeit verrichten, die Lebensmittelzulagen der Rüstungsarbeiter vielleicht (!) gewährt werden. Bei dem Reichskommissar für Kohlenverdrgung hat der Ueberwachungsausschuß angeregt, daß den weiterverarbeitenden Schuhfabriken der Bedarf unverkürzt zugeführt wird. Auf Grund der vorstehenden Maßnahmen glaubt der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie, daß es den weiterverarbeitenden Betrieben jetzt gelingen wird, ihre Erzeugung erheblich zu erhöhen.

Hoffentlich trügt dieser „Glaube" nicht!

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 956. Vizefeldw. Karl Exner bish. verm., in Gefangensch. Otto Freiberg tödl. verunglückt. Alfred Grimm aus Gleichenstein bish. verm., in Gefangensch. Walter Hammer bish. verw., gestorben. Kurt Hoffmann gestorben an seinen Wunden. Fritz Nietholt bish. verm., verw. 16. 11. 14.

Sächsische Verlustliste Nr. 449. Walter Fiege l. verw. Willi Klaus l. verw. Hans Pischner l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 957. Alfred Buchheim l. verw. Richard Donicke verm. Robert Eiling l. verw. Paul Grade l. verm. Hermann May aus Kröllwitz l. verw. Erich Pfütze l. verw.

Kaiserliche Marine. Verlustliste Nr. 127. Otto Luthe, F.-T.-Gast. tot. Ernst Sollner, Seesoldat. tot.

Preußische Verlustliste Nr. 958. Unteroffiz. Oswald Böttger aus Kröllwitz. l. verw. Walter Dumger schw. verw. Walter Kühne bish. verm. gem., gefallen. Max Richter bish. schw. verw., gestorben. Gefr. Willi Schlegel schw. verw. Gefr. Franz Schüler bish. verm., verw. und in Gefangensch. San.-Unteroffizier Walter Winterstein bish. verm., laut priv. Mitteil. in Gefangensch.

Preußische Verlustliste Nr. 959. Willi Banse verm. Kurt Bettke l. verw. Otto Braune l. verw. Kurt Butzmann, bish. verm., in Gefangensch. Gefr. Paul Droege aus Giebichenstein schw. verw. Max Faust l. verw. Gefr. Karl Fischer l. verw. Bruno Geißler verm. Friedrich Fröter l. verw., bei der Tr. Friedrich Gräfe l. verw., bei der Tr. Karl Hartig bish. verm., laut priv. Mitteil. in Gefangensch. Wilhelm Helmert aus Trotha l. verw. Otto Hobald l. verw. Wilhelm Kittel aus Giebichenstein, bish. verm., in Gefangensch. Unteroffiz. Paul Kleeblatt gefallen. Karl Knöchel verm. Wilhelm Kuhne aus Giebichenstein, in Gefangensch. Otto Pretsch l verw. Gewalt Schmidt II verm. Friedrich Stollberg l. verw. Richard Wölfer l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 960. Paul Elbel l. verw., bei der Truppe. Alfred Kirchaeorg schw. verw. Karl Schwalbe bish. verm., in Gefangensch. Unteroffiz. Franz Tappert verm.

Preußische Verlustliste Nr. 961. Erich Genzin gefallen. Hans Kühne gefallen. Paul Kudloff l. verw. Alfred Stuber bish. verm., laut priv. Mitteil. in Gefangensch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171018-14/fragment/page=0002

Sächsische Verlustliste Nr. 450. Fritz Hutans aus Giebichenstein schw. verw. Kurt Lehmann gestorben 24. 6. 17 infolge Krankheit im Lazarett I. Dresden. Artur Reichelt aus Giebichenstein l. verw., bei der Tr.

Neue Bekanntmachungen.

Der Heringsverkauf in der Talamtschule wird am Freitag fortgesetzt. An der Reihe sind die Nrn. 1 bis 8000.

Zwieback und Keks für Personen von über 70 Jahre wird am Sonnabend in einer Anzahl Geschäfte verkauft.

Zur Abholung von Winterkartoffeln auf dem Schlachthofe fordert der Magistrat in einer Bekanntmachung auf

---

* **Der Roman** mußte, weil wir von der Reichs-Papierverteilungsstelle zu wenig Druckpapier zugewiesen erhalten, heute wiederum weggelassen werden. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser für die vielen Schwierigkeiten, die gegenwärtig das Zeitungswesen bedrängen, volles Verständnis haben.

* **Die Verdoppelung der Eil- und Schnellzugfahrpreise** ist heute in Kraft getreten. Sie macht die Einführung von Ergänzungsfahrkarten notwendig, auf die die Ergänzungsgebühr erhoben wird. Ueber die Verwendung dieser Karten teilt uns die Hallische Eisenbahndirektion u. a. mit: „Es werden nach Bedarf fertiggedruckte Ergänzungskarten aufgelegt, und zwar gesondert für den Binnen- und den direkten Verkehr nach umstehendem Muster. Die Karten für den Binnenverkehr haben eine graue und die für den direkten Verkehr eine gelbe Musterung auf hellem Grunde. Daneben werden Blanko-Ergänzungskarten ausgegeben nach einem einheitlichen Muster für den Binnen- und direkten Verkehr. Die Ergänzungsgebühr wird nach dem Schnellzugfahrpreis einschl. Fahrkartensteuer (Eil- oder Personenzugfahrpreis nebst Schnellzugzuschlag) für die Strecke berechnet, auf der der Reisende Schnellzüge benutzen will. Als Schnellzugfahrkarten, die nur in Verbindung mit Ergänzungskarten für Schnellzüge benutzt werden dürfen, gelten Fahrkarten für alle Züge, Fahrkarten für Eil- oder Personenzüge mit den dazugehörigen Schnellzugzuschlagkarten, Vereinsfahrscheinhefte und Unternehmerfahrscheinhefte.

Von der Maßnahme werden, was ganz besonders hervorgehoben werden muß, nicht allein die Schnellzüge und die D-Züge, sondern auch alle Eilzüge betroffen. Bei Benutzung der Schnellzüge, der D-Züge und der Eilzüge sind die Ergänzungskarten gleichzeitig mit den Schnellzugfahrkarten oder den Fahrkarten für Eil- und Personenzüge mit den dazugehörigen Schnellzugszuschlagkarten am Schalter zu lösen und sämtliche Karten an der Sperre vorzuzeigen. Die Reisenden der Schnellzüge, der D-Züge und der Eilzüge, die keine Ergänzungskarten an der Sperre vorzeigen können, müssen zurückgewiesen und von der Fahrt ausgeschlossen werden. An den Schaltern und an der Sperre werden in die Augen fallende Plakate angebracht, der ersteren mit der Aufschrift: „Zu Schnell- und Eilzügen Ergänzungskarten lösen," an letzteren: „Zu Schnell- und Eilzügen Ergänzungskarten vorzeigen."

* **Die Verordnungen über die Einschränkungen des Gasverbrauchs** waren und sind noch jetzt Gegenstand berechtigter Entrüstung und schärfster Kritik. Die Voraussagen, daß die am grünen Tische fabrizierten Verordnungen bei ihrer praktischen Durchführung zu den schlimmsten Ungerechtigkeiten und zu geradezu grotesken Erscheinungen und Wirkungen führen würden, erfüllen sich in der Praxis in unzähligen Fällen. Wir greifen einen Fall heraus, der die ganze Unzulänglichkeit dieser Verordnungen in die greellste Beleuchtung rückt. Die Witwe eines Kriegsteilnehmers in Bernburg hielt sich während des größten Teiles des September 1916, nachdem kurz zuvor ihr Mann gefallen, bei ihren Eltern auf und hatte infolgedessen in ihrer Wohnung einen Gasverbrauch von nur 11 Kubikmeter. Wieder zurückgekehrt, sah sie sich, um leben zu können, gezwungen, ein Zimmer zu vermieten. Zusammen mit ihrem Mieter hatte sie im September einen Verbrauch von 25 Kubikmeter. Sie muß nun für 14 Kubikmeter Strafe zahlen, denn alle Reklamationen haben nichts geholfen. Im gleichen Hause wohnt eine Familie, deren Vorstand nicht sein Leben an der Front einzusetzen brauchte. Diese Familie verbrauchte 35 Kubikmeter und braucht, da diese Menge nicht höher als 80 Prozent der im September v. J. verbrauchten Menge ist, keine Strafe zu zahlen.

Sind solche Wirkungen des bureaukratischen Systems in der Tat nicht überwältigend?!

* **Zur Beachtung bei Feldpostsendungen.** Amtlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die aus dem Felde als unbestellbar zurückkommenden Päckchen-Sendungen den Absendern vielfach nicht zurückgegeben werden können, weil diese sich auf der Außenseite der Sendungen entweder gar nicht bezeichnet haben, oder die vorhandenen Angaben ungenau und unvollständig sind und auch aus dem Inhalt der Sendungen Näheres über den Absender nicht hervorgeht. Der Inhalt derartiger Päckchen muß, entweder verändert oder, wenn er wertlos ist, vernichtet werden. Bedauerlicherweise verfallen täglich zahlreiche Sendungen diesem Schicksal. Zur Verhütung solcher Verluste ist es durchaus erforderlich, daß die Absender sich in jedem Falle in der Aufschrift genau, deutlich und vollständig mit Namen, Wohnort (nötigenfalls auch Postort), Straße und Nummer als Absender bezeichnen und für den Fall, daß die äußere Aufschrift verloren gehen sollte, auch dem Inhalt einen Zettel mit ihrer genauen Adresse beifügen. Auch empfiehlt es sich, die Angaben auf der Außenseite der Sendungen stets mit Tinte niederzuschreiben, weil die mit Tintenstift oder Bleistift hergestellten Schriftzeichen sich während der Beförderung leicht verwischen und unleserlich werden.

* **Bei Absenden von Telegrammen zu beachten.** Die für die Zweimarkstücke erlassene Bestimmung, daß der Absender eines Telegramms verpflichtet ist, in der Unterschrift oder neben dem Telegramm seinen Namen und seine Wohnung anzugeben, wird noch vielfach außer Acht gelassen. Die Bestimmung gilt auch für die durch Einwerfen in den Briefkasten aufgelieferten Telegramme. Telegramme, deren Absender nicht angegeben ist, werden von der Beförderung ausgeschlossen, auch wenn die Beförderungsgebühren richtig in Postwertzeichen auf den Urschriften verrechnet sind.

* **Zur Außerkursetzung der Zweimarkstücke** wird amtlich daran erinnert, daß die Frist am 1. Januar 1918 abläuft. Von diesem Zeitpunkt ab verlieren die Zweimarkstücke die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Alle Reichs- und Landeskassen sind beauftragt, die Zweimarkstücke einzulösen.

* **Im Stadttheater** kommt heute, Donnerstag, den 18. Oktober, das Schauspiel Es lebe das Leben von Sudermann zur Aufführung. Freitag, den 19. Oktober, wird Richard Wagners Tannhäuser, Sonnabend, den 20. Oktober, Lortzings Zar und Zimmermann wiederholt. Der Sonntags-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr, als Frendenvorstellung bei ermäßigten Preisen Neßlers Trompeter von Säkkingen, abends 7½ Uhr, die komische Oper Girofle-Girofla von Lecocq. Am Montag, den 22. Oktober, wird Kleist's Prinz Friedrich von Homburg gegeben.

Thaliatheater. Am Sonntag, dem 21. Oktober, wird im Thalia-Theater das Lustspiel Doktor Klaus von L'Arronge durch das Schauspiel-Personal des Stadttheaters zur Aufführung gebracht. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hartmann, Grawi, v. Durand, Treeder, die Herren Teuscher, Schwot, Masson, Eckhardt, Förster, Pahl und Monato. Die Spielleitung führt Herr Operspielleiter Ludwig Masson.

* **Zoologischer Garten.** Auf das heute abend 8 Uhr vom Stadttheater-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Karl Rohren stattfindende 1. Gesellschaftskonzert sei nochmals empfehlend hingewiesen.

* **Das Herrnfeld-Gastspiel im Apollo-Theater** hat mit dem drolligen Schwank: Hardenbergstraße 129, allabendlich großen Erfolg. Wer einmal so richtig von Herzen lachen will, der sehe sich den Schwank an.

* **U-T-Lichtspiele, Alte Promenade 11a.** Es wird einer großen Anzahl Hallensern eine willkommene Nachricht gewesen sein, daß die Fortsetzung und der Schluß des Filmtagebuchs Robert Schumanns ab Freitag zur Vorführung gelangt. Den persönlichen Vortrag hält diesmal ein Mitglied der Expedition, Herr Karl hans Nicolai, der uns dann noch aus eigener Erfahrung das erzählen wird, was der Film etwa nicht zeigen kann. Zu den Vorführungen am Nachmittag haben auch Jugendliche Zutritt. Außer dem an sich schon recht interessanten Programm wird noch ein reizendes Lustspiel vorgeführt, außerdem werden wir uns an dem Wintersport im Harz laben und ergötzen können.

* **U-T-Lichtspiele, Leipziger Straße 88.** Hier wird der neueste Stuart-Webbs-Film gezeigt, und zwar das 17. Abenteuer: Das treibende Floß. Es wird wie immer Gelegenheit geben, in Ernst Reicher den eleganten, jeder Situation gewachsenen Detektiv zu bewundern. Außer einem Lustspiel Ein nasses Abenteuer sehen wir die neuesten Kriegsberichte.

* **3000 Mark Belohnung.** Der Regierungspräsident in Merseburg hat die Belohnung für die Ermittlung der Täter, die in der Nacht zum 20. 9. d. J. den Polizeisergeant Arndt in Schkeuditz ermordet haben, auf 5000 Mark erhöht. Unter Hinweis hierauf wird nochmals um schleunige Mitteilung selbst geringfügig erscheinender Wahrnehmungen, die auf die Spur der Mörder führen könnten, an die Kgl. Staatsanwaltschaft in Halle, die Kriminalpolizei in Halle und Leipzig oder an die Polizeiverwaltung in Schkeuditz ersucht.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Höchstpreisüberschreitung. Die Handelsfrau B. Zille hatte Johannisbeeren zum Preise von 70 Pfennig per Pfund verkauft, während der Höchstpreis auf 45 Pfennig festgesetzt war. Wegen dieser Ueberschreitung wurde sie zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt. Dagegen legte sie Berufung eingelegt. Zu ihrer Entschuldigung führte sie an, daß sie die Höchstpreise nicht gekannt und nur 10 Prozent Gewinn erzielt habe. Der Staatsanwalt beantragte, 12 Mark Geldstrafe oder im Nichtvermögensfalle einen Tag Gefängnis für je 3 Mark festzusetzen. Das Gericht hielt jedoch eine Geldstrafe von 9 Mark für ausreichend.

Verfüttern von Gerste. Der Rittergutsbesitzer Albert Cernisch war wegen des Vergehens, ungefähr 64 Zentner Gerste nicht abgegeben und an sein Vieh verfüttert zu haben, zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt worden. Die Strafe hielt er für zu hoch und hatte deshalb Berufung eingelegt. Er bestritt, daß es sich um 84 Zentner handelte, ferner behauptete er, es im Interesse der hiesigen Kliniken, für die er die Milch liefert, getan zu haben. Das Gericht entschloß sich, die Strafe auf 500 Mark herabzusetzen.

Aus der Provinz.

Verhütung der Kartoffelfäulnis.

Ueber diese jetzt sehr wichtige Frage führte der Regierungsrat Dr. Appel in einem Vortrag u. a. aus: Im vergangenen Jahre seien viele Tausende von Zentnern Kartoffeln durch unzulängliche Lagerung verdorben und für die menschliche Ernährung ausgefallen. Eine ähnliche Gefahr liege auch in diesem Jahre vor, da vielfach wieder ungeeignete Kräfte von den Stadtverwaltungen mit der Lagerung betraut würden. Die Verhütung der Fäulnis und der vielen Krankheiten der Kartoffeln sei die nächste und wichtigste Aufgabe der Städte. Schon bei der Ernte beginnt die Gefahr, da viele Kartoffeln angeackert und angestochen und dadurch beschädigt würden. Unsere Maschinen für die Bergung der Ernte genügen nicht ganz, die Amerikaner sind in dieser Beziehung weiter vorgeschritten. Der Grundzug der amerikanischen Maschinen ist der, daß die Pflugschar tief in die Erde eingreift und die Kartoffeln nebst dem Kraut hervorhebt. Die Stauden mit Knollen werden durch eine Kette ohne Ende in die Höhe geschafft, dort trennen sich infolge einer besonderen Vorrichtung die Kartoffeln von dem Kraut, um langsam auf die Erde zu fallen; die Erde wird bei dieser Gelegenheit selbsttätig entfernt. Die Kartoffeln bleiben hierbei völlig unbeschädigt. Derartige Maschinen sind für Deutschland notwendig. Die Amerikaner sind uns auch in der Aufbewahrung voraus, da sie ausgezeichnete Vorratsräume anlegen. Sie bauen Kellerhäuser, deren Wände aus Holz, einer Luftschicht und Pappe bestehen, ein halbes Stockwerk unter der Erde und ein Stockwerk über der Erde liegen. Im Innern lagern die Kartoffeln, in Etagen getrennt übereinander, für Luftzug sorgen die Flügeltüren an beiden Seiten, die bei der Einfahrt der abholenden Wagen und bei passender Gelegenheit geöffnet werden. Derartige Kellerhäuser anzulegen, empfiehlt der Redner den Stadtverwaltungen und den Großhändlern, da sie sich ausgezeichnet bewähren. Längere Ausführungen widmete der Redner der Krankheit der Kartoffeln. Die begehrte Knollenfrucht leidet vor allen Dingen an Fäulnis und Verfeuchtung, die anziehend wirkt. Die Mieten der Landwirte können durch einen kleinen Herd vernichtet werden, wenn die Kartoffeln nicht genau sortiert und trocken gelagert werden. Kleine Verletzungen entwickeln Bakterien und Pilze, die die Zelle zum Absterben bringen. Die Kartoffel schützt sich zwar selbst dadurch, daß sie an den wunden Stellen Kork (Schale) ansetzt, der sich bei manchen Sorten in sechs bis acht Stunden, bei anderen Sorten in zwei bis drei Tagen bildet. Die Kartoffel ist ein lebendes Erzeugnis, das durch seine Zellen atmet. Die Atmung erzeugt Wärme und Feuchtigkeit, die verdunsten muß, wenn die Kartoffel gesund bleiben soll. Die erste Bedingung ist demnach eine genügende Lüftung und Kühle, die unbedingt geschaffen werden muß. Sechs bis acht Grad Wärme bringen die Kartoffeln zur Fäulnis, in richtigen Mieten und Aufbewahrungsräumen muß durch Kanäle und Luftröhren für Kühlung gesorgt werden. Höher als ein bis zwei Meter dürfen die Kartoffeln nicht liegen, da sich sonst Wärme entwickelt, die von den Kartoffeln nicht getragen wird. Die Frostgefahr tritt bereits bei drei bis vier Grad Kälte ein, ein richtig angelegter Feldkeller schützt die Kartoffeln vor dem Erfrieren. Bei dem erwähnten Frost erstarrt der Inhalt, die Zellen platzen und die Kartoffel wird weich und süß. Dies Süßwerden beruht auf der Umwandlung der Stärke in Zucker.

Schleudig. Ein halbes Liter Petroleum ist heute bei den Petroleumkleinhändlern auf die Petroleummarke 11 zu haben. Der Magistrat weist die Geschäftsinhaber an, am Montag jeder Woche — 3 bis 4 Uhr nachm. — anzuzeigen, welche Mengen Petroleum sie in der Woche vorher abgegeben haben. Dabei sind die Petroleummarken mit zurückzugeben. Die nächste Petroleumausgabe erfolgt voraussichtlich erst im Monat November dieses Jahres.

— In der Mordsache Arndt erläßt die Polizei abermals einen Aufruf und fordert alle Einwohner, die irgend etwas näheres über die Mordtat angeben können, auf, sich in der Polizeiwache zu melden. Der Aufruf enthält einige Tatsachen, über die vorläufig noch Stillschweigen herrscht. Zur Ermittlung der Mörder ist die ausgesetzte Belohnung von 1000 Mark bis zu 3000 Mark erhöht worden.

Querfurt. Verteilung von Lebensmitteln. Auf Lebensmittelkarten kommen demnächst wieder zur Verteilung: auf Bezugsabschnitt 14: 200 Gramm Erbsen, auf Bezugsabschnitt 15: 100 Gramm gemischte Waren; entweder Haferflocken, Grieß oder Kartoffelgraupen, auf Bezugsabschnitt 16: 120 Gramm Teigwaren, auf Bezugsabschnitt 17: 100 Gramm verschiedene Sorten Marmelade. Die Stammkarten sind bis 20. Oktober dem betr. Kleinhändler, bei welchem die Waren entnommen werden sollen, vorzulegen.

Lützen. Mißgeschick bei der Glockenabnahme. Die Kirchengemeinde von Taucha besaß zwei Glocken, von denen die eine wegen ihres historischen Wertes nicht eingezogen wurde. Irrtümlicherweise ist diese aber zertrümmert worden und zum Einschmelzen gekommen. Da nun auch die zweite Glocke diesem Zwecke zugeführt ist, so muß der Ort des Kirchengeläutes entbehren. — Es wird sich wohl ertragen lassen.

Kleingörschen. Ein widerspenstiger Landwirt. Als der Amtsvorsteher und Gendarmeriewachtmeister in Kleingörschen beim Landwirt Fr. Bl. ein Stück Vieh enteignen wollten, wurden die Beamten durch den Bruder des Besitzers, den Landwirt Wilh. Bl., daran gehindert, indem er die Tür zum Kuhstall zuhielt und den Wachtmeister tätlich angriff. Wegen Widerstands wurde Wilh. Bl. vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt.

Sangerhausen. Städtische Kartoffeln werden im Keller des Rathauses abgegeben am Freitag von 8—9 Uhr vormittags an die Nrn.: 2001—2250, von 9—10 Uhr vorm. 2251 bis 2500, von 10—11 Uhr vorm. 2501—2750, von 11—12 Uhr vorm. 2751—3000, von 2—3 Uhr nachm. 3001—3250, von 3—4 Uhr nachm. 3251 bis Schluß.

Bitterfeld. Die Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter läßt hier viel zu wünschen übrig. Die Maßnahme des Landrats, wonach in Bitterfeld von dieser Woche an 7 Pfund Kartoffeln pro Kopf verabreicht werden, dafür aber die Zusatzkarten im Wegfall kommen, wird als große Härte empfunden. War schon die bisherige Ernährungsweise unzureichend für die meisten Arbeiter, so wird es jetzt noch schwieriger werden, die Arbeitskräfte zu erhalten. Künftighin soll nun eine Hälfte der Kartoffelmarke an die Kantinen abgeliefert werden und die andere Hälfte hat der Konsument für seinen Verbrauch. Für die letztere Hälfte bekäme also der Arbeiter 3½ Pfund Kartoffeln. Man denke, diese 3½ Pfund Kartoffeln sollen sieben Tage als Abendbrot ausreichen. Gewiß eine Aufgabe, der wohl auch der bescheidenste Arbeiter nicht gut gerecht werden kann. Es ist gewiß zu begrüßen, daß auch die andere Bevölkerung eine größere Ration Kartoffeln zugewiesen bekommt, aber daß man die Vergrößerung der Ration auf Kosten der Aermsten vorgenommen hat, ist eine Maßnahme, die sich wohl nicht gut rechtfertigen läßt. Sie wird von den Arbeitern um so weniger verstanden werden, als man ständig die Versicherung hört, es seien Kartoffeln genug vorhanden. — Auch an Fett ist ja in letzter Zeit ziemlich wenig hier zur Verteilung gekommen. Die Arbeiter brauchen aber unbedingt mehr Nahrungsmittel zur Erhaltung der Körperkräfte.

Wittenberg. Die letzte Stadtverordnetensitzung faßte einige bemerkenswerte Beschlüsse: Den Lehrkräften der Mittelschule und des Lyzeums wurden städtischerseits die gleichen Kriegsteuerungszulagen bewilligt wie den Staatsbeamten und Volksschullehrern. Eine ähnlich fern verschiedene Forderung: Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes — gelangte diesmal schnell und ohne Erörterung zur Annahme. Warum geht es nun auf einmal?! Unter den Summen, welche die Versammlung bewilligte, befand sich die Krankenanstaltskasse mit einem Etatsüberschreitung von 48 712 Mk., die sich aus den verschiedensten Mehrausgaben erklärten, unter denen die erhöhten Verpflegungskosten mit einem Mehr von 25 000 Mk. an erster Stelle standen. Um derartige Etatsschwankungen nach Möglichkeit zu verhüten, wurde empfohlen, den Etat nicht mehr dreijährig wie bisher, sondern künftig jedes Jahr neu aufzustellen.

Reinsdorf. Was „nicht möglich" und was möglich ist. Der Arbeiteransschuß der Sprengstoffwerke Reinsdorf hatte beantragt, daß nachmittags 5 Uhr ein Zug von Wittenberg bis Dessau eingelegt werden möge, damit ein großer Teil Arbeiter — es kommen wohl 200 in Frage —, welche um diese Zeit Feierabend haben, nach Hause fahren können und nicht bis ½7 Uhr abends warten müssen. Der Antrag ist von der Eisenbahndirektion Halle abgelehnt worden. Hingewiesen wurde dabei auf die Kohlenknappheit. Wir glauben aber, die Eisenbahndirektion hätte dem Wunsche so vieler Arbeiter wohl entsprechen können, denn es macht für die Arbeiter, zumal in der jetzigen Zeit, sehr viel aus, wenn sie zwei Stunden früher zu Hause sein können. — Dem Bürgertum kommt man viel mehr entgegen. So hatte die Elbe-Zeitung gewünscht, es möchte doch für die Koswiger Besucher des Herzoglichen Hoftheaters ein Wagen 2. und 3. Klasse in Wittenberg angehängt und reserviert werden. Beiden Wünschen ist, soviel wir wissen, stattgegeben worden. Die Arbeiter sind der Meinung, daß auch sie Entgegenkommen verdienen und man statt des Theaterzuges lieber einen Arbeiterzug einlegen möchte. Das würde dem Ernste der Zeit mehr entsprechen.

Bleddin. Einbruch beim Pfarrer. Diebe haben dem Pfarrer einen Besuch abgestattet. Nachdem sie in einer Obstkammer das Fenster eingeschlagen, sind sie eingestiegen und haben außer einen Barbetrag von 20 Mk., 1 Nachthemd, 1 Hemd, 1 Handtuch und 1 Schafpelzjackett gestohlen. Die Spur der Diebe konnte in der Richtung nach Wittenberg verfolgt werden.

Lauchhammer. Einen bedauerlichen Unglücksfall erlitt der in der hiesigen Brikettfabrik beschäftigte Aufseher Hermann Winkler. Beim Nachsehen des Transportbandes kam er mit dem rechten Arm unter die Walzen. Er wurde nach dem Knappschafts-Krankenhaus überführt.

Stendal. Großen Geheimschlachtungen ist die Polizei auf die Spur gekommen. Die Beteiligten sind bei der Ausführung ihrer Taten sehr raffiniert zu Werke gegangen. Mit Wäscheleinen, Art, Reiseförden usw. versehen, zogen sie nachts aus, um in Viehkoppeln Schlachtungen vorzunehmen. Bis jetzt sind zwei Militärpersonen und sechs Frauen als Täter ermittelt worden.

Allerlei.

Zum Eisenbahnunglück in Schönhausen

wird noch gemeldet: Erst bei den Aufräumungsarbeiten konnte man die furchtbare Wucht des Zusammenstoßes erkennen. Die vier letzten Wagen des Sonderzuges wurden aus den Schienen gehoben und 30 Meter weit geschleudert. Die Maschine des Fernzuges hatte sich tief in den Güterzug hineingewühlt, die übrigen Wagen des Sonderzuges sind vollständig zertrümmert, die Schienen krummgebogen, und auf dem Bahnkörper lagen in weitem Umkreise blutgetränkte Kissen, Fetzen von Kleidungsstücken und Gepäckstücke. Die Leichen der getöteten Kinder sind in einem Getreideschuppen am Bahnhof aufgebahrt. Hunderte von Personen aus der Umgebung umsehen den Unglücksplatz. Der getötete Schaffner heißt Spohn und stammt aus Stendal. Die verunglückten Kinder stammen alle aus München-Gladbach. Die Toten zu identifizieren gelang bisher nur bei zwei Knaben, da die übrigen Kinder keine Legitimationspapiere bei sich hatten. Das Befinden der im Krankenhaus Stendal untergebrachten Kinder ist noch immer sehr bedenklich. Einige der Kinder haben furchtbar schwere Verletzungen erlitten. So wurden einem Kinde beide Beine abgequetscht, einem anderen Kinde mußte ein Bein amputiert werden. Es verlautet, daß von den fünf Schwerverletzten zwei gestorben sein sollen.

Die Entmündigung des preußischen Prinzen Friedrich Leopold Sohn hat der Gerichtshof in Berlin bestätigt und die Klage gegen den die Entmündigung verfügenden König von Preußen abgewiesen. Jedoch wurde betreffs der materiellen Begründung der Entmündigung Beweiserhebung beschlossen. Es soll über die Behauptung des Klägers betreffend seine Anschaffungen über den Wert der angeschafften Sachen usw. Zeugen und Sachverständige vernommen werden. Die Entmündigung erfolgte wegen Verschwendung.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Bernd; Feuilleton, Lokales und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Adolph Bernd; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171018-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 7¾ Uhr.
Heute, Donnerstag, zum 7. Male:
„O schöne Zeit, o selige Zeit“.
Posse mit Gesang in 4 Akten von Bruno Decker.
Musik von Walter Götze.
Im Deutschen Theater Hannover bereits über 100 Aufführungen!
Hauptgesänge:
1. Wenn die Rosen blüh'n, mein Schatz, seh'n wir uns wieder.
2. O schöne Zeit, o sel'ge Zeit.
3. Komm, mein Schatz, wir woll'n nach Stralau geh'n.
4. Katzen-Quartett.
5. So ein Walzer dringt ins Herz.
6. Kinder, heut' ist blauer Montag.
Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Herings-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Heringe** wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am **Freitag den 19. Oktober 1917** in der Talamtschule fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 1—4000 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 4001—8000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes werden ca. 110 Gramm zum Preise von 30 Pfg. abgegeben.

Abgezähltes Geld ist unbedingt bereit zu halten. Papier zum Einwickeln ist mitzubringen.

Halle, 18. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Zwieback- und Kekseverkauf für Personen von über 70 Jahre.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September bzw. 4. November 1915 über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung wird für den Verkauf des dem Kommunalverband überwiesenen Zwiebacks und Kekses folgendes angeordnet:

1. Der Verkauf findet von Sonnabend, den 20. Oktober ab, in nachstehenden Geschäften statt: Johannes Mitlacher, Poststraße 11, A. Herrmann, Gr. Steinstraße 1. C. Zorn, Leipziger Straße 93, F. E. David, Markt 17, H. Wantsch, Gr. Steinstraße 7, G. P. Jürgensen, Magdeburger Straße 13a, G. Bernstein, Händelstraße 38, O. Wilhelm, Leipziger Straße 50, Martin Müller, Geiststraße 51, C. Boach, Breitestraße 1, Albert Genzsch, Gr. Ulrichstraße und Geiststraße. J. Barth, Geiststraße 23, Klara Martin, Delitzscher Straße 6c, Br. Pudmensky, Große Steinstraße 28, M. Löber, Magdeburger Straße 50, J. Tausch, Landwehrstraße, A. Prost, Ludwig-Wucherer-Straße Nr. 56 und Reilstraße 9, Otto Voß, Leipziger Straße, H. Lissau, Merseburger Straße 96, L. Grimpe, Robert-Franz-Straße 1a, E. Schenker, Gr. Steinstraße 41, Alfred Voß, Rannischestraße Nr. 22, Hermann Kuhne, Delitzscher Straße 19, Reilstraße 35 und Gr. Steinstraße 47, Herm. Grötzner, Magdeburger Straße Nr. 42, Paul Linke, Liebenauer Straße 1, Rudolf Danneberg, Leipziger Straße 92, Joh. David, Geiststraße 1, C. L. Blau, Gr. Ulrichstraße 50.

2. Zum Einkauf berechtigen die besonders ausgegebenen grauen Warenbezugskarten, und zwar dürfen auf den Abschnitt B dieser Warenbezugskarten zwei Pakete Zwieback oder ¾ Pfund Keks bezogen werden. (½-Pfund-Pakete sind nur auf zwei Warenbezugsmarken abzugeben). Die Preise sind auf den Paketen aufgedruckt. Die Händler sind verpflichtet, bei der Entnahme den Abschnitt B der Warenbezugskarten abzutrennen und zu Hunderten gebündelt spätestens bis 25. Oktober im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 11 unter Angabe des Restbestandes einzureichen. Warenbezugsscheine, welche nicht mit dem Stempel des Magistrats versehen sind, sind ungültig.

3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung, welche mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit tritt, ziehen die gesetzlichen Strafen bzw. die Entziehung des Verkaufsrechtes nach sich.

Halle, den 17. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

1. Nachtrag zur Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 57 bis 60 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (R. G. Bl. S. 507) wird die Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl vom 15. August 1917 wie folgt geändert:

Artikel 1. § 3 erhält folgende Fassung: Bei der Abgabe von Mehl und Brot an die Verbraucher dürfen folgende Höchstpreise nicht überschritten werden: 1. Roggenmehl 0,18 Mk. für 270 Gr. 2. Weizenmehl 0,21 Mk. für 370 Gr. 3 Roggenbrot 0,85 Mk. für 2000 Gr. 4. Weißbrot 0,05 Mk. für 75 Gr.

Artikel 2. Dieser Nachtrag tritt am 18. Oktober 1917 in Kraft.

Halle, den 17. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Es wird nochmals ganz ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Anmeldung zur Kundenliste von jedem Haushalt zu erfolgen hat, auch in den Fällen, in denen der Kaufmann, von dem bisher bezogen wurde, wiederum als Verkäufer gewählt wird. Es werden nur die Haushalte mit den städtischen Waren beliefert werden, die sich jetzt neu angemeldet haben. Die Anmeldung muß nunmehr binnen 24 Stunden erfolgt sein.

Halle, den 18. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Fortsetzung der Ausgabe von Kartoffelbezugsscheinen für Lieferungen aus dem Saalkreise.

Die Aushändigung der Bezugscheine für Winterkartoffeln wird bei der Kreiskartoffelstelle (Zentralgenossenschaft), Kronprinzenstr. 12 (Landwirtschaftskammergebäude, Zimmer Nr. 2), für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine auf den Namen eines Lieferanten (Landwirtes) im Saalkreise ausgefertigt haben, vom Freitag den 19. Oktober 1917 an fortgesetzt, und zwar:

Am Freitag den 19. Oktober von ½9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: Spitze 20, Magdeburgerstraße 23.

Am Sonnabend den 20. Oktober von ½9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für die Haushaltungen der folgenden Markenausgabestellen: Gr. Berlin 14, Bertramstraße 27.

Wegen Aushändigung der Bezugscheine an die Haushaltungen der noch übrigen Markenausgabestellen ergeht in den nächsten Tagen weitere Bekanntmachung.

Für jeden Zentner ist bei der genannten Stelle die vorgeschriebene Kommissionsgebühr von 25 Pfg. zu zahlen.

Behufs glatter Abwickelung der Geschäfte ist die vorstehende Ordnung über die Aushändigung genau einzuhalten.

Weitere Auskünfte über Aushändigung der Bezugscheine werden im Stadternährungsamt, Markt 22, 1 Treppe, Saal links (Kartoffelkartothek) erteilt.

Halle, den 18. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1234. | U.T. | Alte Promenade 14a Fernruf 5738.
Bestspiel d. Deutsch. Jugdfilm-Gesellschaft, Berlin.
Stuart Webbs
17. Abenteuer
„Das treibende Floss“.
4 Akte.
Vorführung: 4.50, 6.50, 9.20.
„Ein nasses Abenteuer“.
3 Akte köstlich. Humors.
2353 Vorführung: 4.10, 6.10, 8.20.
Im Banne des schwarzen Erdteils.
Der fesselnde 2. Teil und Schluss des Filmtagebuchs des Afrikareisenden Reb. Schumann.
Persönlicher Vortrag: Expeditionsmitglied: Carihans Nicolai.
Die Vorträge beginnen pünktlich 4.00, 6.00, 8.30.
Jugendliche haben bis 7 Uhr abends Zutritt.
Professor Rehbeins Verlobung.
Erstklassiges Lustspiel in 3 Akten.
Vorführung: 7.20, 9.50.

Näh-Nähe „Juwel“
D.R.G.M. Patent in Österreich, Ungarn, Schweiz und Spanien. Das meistbegehrtesten Werkzeug für Jedermann!
Die große Erfindung, um mit der Hand jedes feldständig, fest und leicht zu reparieren: Säcke, Gefässe, Zelte, Kleidungsstücke, Gummiwaren, Fahrradschläuche usw. Juwel näht Steppstiche wie eine Nähmaschine. Ständig viele Anerkennungen. Preis per Stück mit 3 verschiedenen Nadeln und Spule mit Faden:
Mk. 3.80
unter Nachnahme. Porto und Verpackung frei.
Man beachte: „Juwel“ ist Originalfabrikat aus Metall, die Spule im Griff aller beim Nähen den Faden ab wie eine Nähmaschine.
„Juwel“ hat je viel Vorzüge, daß alle Nachahmungen fast wertlos erscheinen!
General-Vertrieb
O. Schmid, München 231
Schwanthalerstraße 75. *1278

Apollo-Theater.
Täglich, abends 8.10 Uhr.
2344
Hartenbergstraße 129
Separé-Affaire in 3 Akten v. Arthur und Donat Bernfeld.
In den Hauptrollen: Direktor Ant. Herrnfeld u. Ferdinand Grünecker.

Kopfwäsche
mit Frisur 1 Mark an.
2349 von
Hauben-Netze
Stück 70 Pfg., Dutzend 7.75 Mk.
Zöpfe
größte Auswahl, billige Preise.
Ankauf von ausgekämmtem Damenhaar.
Zopf-Siebert,
nur Leipzigerstr. 33 und 79 I.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Snehse.
Freitag den 19. Oktober 1917:
Tannhäuser
und der Sängerkrieg auf Wartburg
von Richard Wagner.
2343
Sonnabend den 20. Oktober 1917:
Zar und Zimmermann.

Thalia-Theater.
Gastspiel d. Stadttheater-Personals
Sonntag, den 21. Oktober 1917, abends 7½ Uhr:
2347
Doktor Klaus.
Lustspiel von L'Arronge.

Ein Waggon Tongeschirr erhalten
Einmachebüchsen in allen Grössen,
Einmachetöpfe „ „ „
Schüsseln „ „ „
Kaffeekannen „ „ „
Nachttöpfe. „ „ „
2351 **S. H. Schönbach,** Schmeerstrasse 1.

Zoo! *1276
Heute, abends 8 Uhr:
Gesellschafts-Konzert.

: Tabakpfeifen : 2149
empfiehlt preiswert
Ernst Karras jun.,
4. Leipzigerstr. 4.

Johannes Thurm.
Glauchaerstraße 79
Freitag vormittag: Nr. 1—600.
Reilstraße 10
Sonnabend nachmittag: Nr. 2101—2600.
2346

H. Quandt, Roßschlächterei,
Freitag: Nr. 401—900.
Sonnabend: Nr. 901—1300. 2348

Neu erschienen: Neu!
Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft vor dem Reichstage.
Drei Reichstagsreden
von **Wilhelm Dittmann.**
Preis 25 Pfg.
Nach auswärts 5 Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf 2352
Gustav Uhlig,
Uhren und Musikwerke,
Untere Leipzigerstr.
Sonntags geöffnet mitt. von ½12 bis ½2 Uhr.

Max Zaubitzer,
Roßschlächterei, Steinweg 52. 2345
Freitag vormitt.: Nr. 1201—1600 u. Nr. 1—100.
— Es wird gebeten, Papier und Gefäße mitzubringen. —

Platt-, Senk- u. Hohlfuss-Stützeinlagen.
Künzels „Fuß-Heil“
bestes Mittel gegen
2144 Schweißfuß.
C. Klappenbuch,
Gr. Ulrichstr. 41.

Pfandscheine, Wäsche kauft
E. Stippold, Gr. Gosenstr. 12. 2343

Eiserne Dreifüße,
auch für Wiederverkäufer eingetroffen. 2288
Paul Andersch, Lederhandlung, Magdeburgerstrasse 8.

Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagwörter
verdeutscht und herausgegeben von
Adolf Braun
Preis 30 Pf.
Ein Taschenbuch, das jeder Zeitungsleser gleich bequem bei sich tragen sollte.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Kostümröcke
in schwarz, blau u. gemustert.
Riesenauswahl. Vorteilhaft.
Im Kaufhaus 2340
H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Guterhalt. Sofa, Vertiko, Sportwagen m. Verd. billig zu verkf.
2341 Gr. Gosenstr. 12, H. p.

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

Abholung der Winterkartoffeln.

Am Freitag den 19. Oktober wird auf dem städtischen Schlachthof mit der Abgabe der Kartoffeln an diejenigen Haushaltungen begonnen, welche ihren Wintervorrat auf Grund der erteilten Bezugsscheine selbst vom Schlachthof abholen wollen. Die Abgabe erfolgt vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Es werden zur Abholung an diesem Tage nur diejenigen Haushaltungen zugelassen, deren Bezugsscheine mit dem Aufdruck „Selbstabholer“ und den Nummern 1—800 versehen sind. Die Bezugsscheine sind hierbei abzugeben.

Halle, den 18. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Die Lebensmittelhändlerin Emma Reuschel, geb. Hemer, aus Halle, Kurichgasse 4, ist durch rechtskräftiges Urteil des Königlichen Landgerichts in Halle — Ferienstrafkammer — vom 17. August 1917 unter Freisprechung von dem übrigen, wegen Vergehens gegen § 10 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 — Höchstpreisüberschreitung — zu 300 Mk. Geldstrafe, oder 60 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt worden.

Halle, den 16. Oktober 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Gegen den Kaufmann Franz Körner in Halle, Merseburgerstraße 45c, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts hier vom 16. August 1917, wegen übermäßiger Preisforderung, eine Geldstrafe von 360 Mk. oder 72 Tagen Gefängnis festgesetzt worden.

Halle, den 17. Oktober 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Arbeitsmarkt.
Mädchen *1275
für Hausarbeit sofort gesucht.
Privatklinik, Prinzenstraße 11.

Zimmerer, Maurer, Beton-Arbeiter, Arbeiter
für Kriegsbau u. ausw.
sofort gesucht.
Max Suppelna,
Magdeburg, Kantstr. 4.
T. 4552. *1274

Familien-Nachrichten.

Deutsch. Bauarbeiter-Verband Zweigverein Halle.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 16. Oktober, unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Paul Schumann,
im Alter von 47 Jahren verstorben ist. 2339
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dienstag früh entschlief sanft nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter, Frau
Berta Robitzsch,
geb. Lippert,
im Alter von 46 Jahren.
Halle a. S., Völbergerweg 6, den 16. Oktober 1917.
In tiefer Trauer
Theodor Robitzsch,
nebst Familie.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. 2338

Bekanntmachung.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Holzzellstoff und Strohzellstoff Nr. Pa. 1500/9. 17 KRA. erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 18. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1272

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171018-14/fragment/page=0004